



Ercheint täglich Nachmittags
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage.

Abonnementpreis
vierteljährlich für Halle und durch
die Post bezogen 2 Mark.

Ämtliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Im Verlage von Reinhold Nietschmann.
Sternprediger nach Berlin und Leipzig. Anschlag Nr. 289.

Insertionspreis
für die fünfzehnjährige Leihzeit
Seite oder deren Raum 12 Bgr.

Reclamen
vor dem Tagesanfang die dreie-
gepaltenen Zeitspalten oder deren
Raum 30 Bgr.

Nr. 92

Sonntag, den 20. April 1890.

91. Jahrgang.

Die bürgerlichen Parteien und ihre Programme.

Halle, 18. April.

Die Programme der bürgerlichen Parteien verbanden ihre Entfaltung einer Zeit, die vielfach ein Menschenalter oder noch weiter zurückliegt. Kein Wunder daher, wenn diese Programme in der langjährigen Praxis des Parteilebens von Grund aus, theilweise bis zur Unkenntlichkeit umgeformt sind. Ein kurzer Ueberblick über die wichtigsten Parteischattungen wird dies sofort ergeben. Fangen wir mit den beiden Extremen, der konservativen und der freisinnigen Partei, an.

Die konservative Partei war von Hause aus die politische Vertretung des in den östlichen Provinzen Preußens vorherrschenden Großgrundbesitzes, dessen Interessen sie politisch und wirtschaftlich zur Geltung zu bringen hatte. Der konstitutionellen Entwicklung, welche Preußen seit 1848 eingeschlagen hatte, stand sie daher lange feindselig gegenüber. Hatte doch dadurch die Vertretung nach Grundbesitzmassen, wie sie im Vereinigen Landtage verfuhr, was, so wie die gutsherrliche Gerichtsbarkeit aufgehört, war doch das Uebergewicht des Großgrundbesitzes in den kommunalen Vertretungen der Kreise und Provinzen und die gutsherrliche Polizei mit den konstitutionellen Prinzipien unvereinbar und deshalb stetig bedroht. Der feindselige Gegensatz der konservativen Richtung zum konstitutionellen Staatsleben, welches das politische Uebergewicht des Großgrundbesitzes hoch, erhebt, deshalb ganz natürlich. Das politische Ideal der „kleinen, aber mächtigen Partei“ war bis in die letzten Jahre die Wiederherstellung des vor 1848 herrschenden Zustandes, eine absolute Monarchie, verbrämt mit länderlich-republikanischen Einrichtungen. Dieser politische Standpunkt ist aber längst ein anderer geworden. Durch die neue Verwaltungsverfassung sind die letzten Reste des Patrimonialstaats, die gutsherrliche Polizei und das Uebergewicht des Großgrundbesitzes in den Kreis- und Provinzialvertretungen verschwunden, und der Großgrundbesitzer hat ansehnlich der neuen Verwaltungsverfassung eine seiner Bedeutung entsprechende Stellung gefunden. Die konservative Partei hat sich ferner seit Jahrzehnten ehlich auf den Boden der Verfassung gestellt und jeden Gedanken an eine Vertretung nach Besitzmassen aufgegeben. Negativ hat sie jedoch eine Fortbildung der Verfassung im konstitutionell-parlamentarischen Sinne und eine weitere Abschwächung der königlichen Gewalt verhindert. In dem sie sich auf den Boden der Verfassung stellt, öffnete sie ihre Reihen allen staatsverfahrenden Elementen. Sie ist daher nicht mehr bloß Vertretung der Interessen des Großgrundbesitzes, sondern aller derjenigen Bevölkerungsklassen, welche die Aufrechterhaltung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung wünschen, und hat sich demgemäß auch das diesem Zwecke dienende sozialpolitische Reformprogramm voll und ganz angeeignet. Zu vertreten ist dabei allerdings nicht, daß die Partei von den verschiedenen konservativen Interessen, das der großen Masse ihrer Wähler, der ländlichen Bevölkerung vorzugsweise bezieht und vertreten muß.

Den entscheidenden Gegensatz zur konservativen Partei bildet von Anfang an diejenige Richtung, welche man heute als die freisinnige bezeichnet. Sie war die Vertretung der handel- und gewerbetreibenden städtischen Bevölkerung und hatte deren politische und wirtschaftliche Interessen zu vertreten. Politisch stand sie nicht nur auf dem Boden der Verfassung, sondern wollte dieselbe im konstitutionell-parlamentarischen Sinne weiterführen durch unbedingtes Steuerbewilligungsrecht, Ministerverantwortlichkeit, parlamentarischen Ministerwechsel etc. Ihr politisches Programm war also unbeschränkter Parlamentsverschaffung und parlamentarischer Schattenbüchlein. Wirtschaftlich huldigte sie den Grundzügen des Laissez faire, der freien Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte ohne staatliche Eingriffe, wie es um die Mitte des Jahrhunderts den Interessen des Bürgertums entsprach. Unverkennbar ist jedoch auch von diesem freisinnigen Parteiprogramme ein Stein nach dem andern abgerodert. Die deutsche Monarchie ist eine so machtvolle geschichtliche Erscheinung, daß sie auch dem blindesten Auge erkennbar werden muß. Es kann Niemand daran denken, sie in ein Ornament an dem parlamentarischen Gebäude nach belgischem Muster zu verwandeln, die konstitutionell-monarchische Verfassung durch eine konstitutionell-parlamentarische zu ersetzen. Schwerlich wird auch nach den Erfahrungen des Jahres 1887 die freisinnige Partei wieder eine parlamentarische Skulptur gegenüber der Monarchie versuchen. Allenfalls wird durch Abstammungen es ermöglicht werden, das politische Notwendige zu thun und die alten Parteigrundzüge gleichwohl zu wahren. Noch viel mehr überraschender ist die vollständige Preisgabe der früheren wirtschaftlichen Grundzüge seitens

der freisinnigen Partei. Indem sie sich neuerdings die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 voll und ganz aneignet, gab sie das Prinzip des Laissez faire auf und erkannte ein weitgehendes Recht des Staates zur Regelung wirtschaftlicher Verhältnisse an.

Die sogenannten Mittelparteien, die freiservativ und die nationalliberale, sind entstanden als Abplitterungen der beiden Hauptparteien, deren ursprüngliches Programm sie in wichtigen Punkten abändern, um dringenden politischen Bedürfnissen genügen zu können. Beide Mittelparteien sind ungefähr gleichzeitig in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre entstanden, und sie geben einen Theil des konservativen bzw. liberalen Parteiprogrammes preis, um positiv mitwirken zu können an der bundesstaatlichen Neugestaltung Deutschlands. Diese Preisgabe war ein Zeichen hervorragend staatsmännlichen Geistes und Verständnisses für die politischen Zeitbedürfnisse. Denn sie geschah zu einer Zeit, als der Kern der beiden Hauptparteien im allgemeinen noch an dem ursprünglichen Parteiprogramm festhielt und daselbe verwirklichen zu können glaubte.

Ein Theil der konservativen Partei überzeigte sich von der Undurchführbarkeit der ständischen Velleitäten, er überzeigte sich, daß Bundesstaat wie Einzelstaat von den konstitutionellen Einrichtungen nicht wieder abgehen könnten. Die freiservativ Partei stellte sich daher voll und ganz auf den Boden des konstitutionellen Verfassungslebens und suchte von diesem aus den neuen staatlichen Aufgaben gerecht zu werden.

Ebenso gelangte nach den Ereignissen des Jahres 1866 ein Theil der liberalen Partei zu der Ueberzeugung, daß die nationale Idee der Einigung Deutschlands, deren Träger von jeher die bürgerlichen Mittelklassen gewesen waren, durch den reinen Parlamentarismus nicht verwirklicht werden könne. Zudem die nationalliberale Partei die nationale Idee über das engherzige liberale Parteiprogramm stellte, mußte sie der nationalen Monarchie auf Kosten des Parlamentarismus Zugeständnisse machen. Doch sie dabei von angeblich gefinnungstüchtiger Seite dem Vorwurfe der Katholikenpolitik nicht entgehen konnte, liegt in der Natur der Sache. Die Berechtigung dieser Politik ergibt sich aber am besten daraus, daß die Fortschritt- oder die jehige freisinnige Partei selbst auf die Verwirklichung ihres ursprünglichen Parteiprogramms verzichtet mußte. Die wirtschaftliche Uebereinstimmung der liberalen Parteigruppen war dabei trotz der Trennung in politischen Fragen erhalten geblieben. Als daher die wirtschaftlichen Fragen in den Vordergrund traten, war die alte nationalliberale Partei in sich geschlossen. Ein Theil hielt noch an dem liberalen Programme des Laissez faire fest und vereinigte sich wieder mit der Fortschrittspartei, während der Kern der nationalliberalen Partei auch hier rechtzeitig den Forderungen der Gegenwart gerecht wurde.

Eine eigentümliche Stellung unter diesen bürgerlichen Parteien, welche sich nach politischen und wirtschaftlichen Kriterien scheiden, nimmt das Centrum ein. Das Charakteristische dieser Parteien besteht darin, daß es die Regelung der Verhältnisse von Staat und Kirche nach den Forderungen der katholischen Kirche an die Spitze ihres Programms stellt. Alle übrigen politischen und wirtschaftlichen Forderungen treten demgegenüber in den Hintergrund. Das Centrum vereinigt daher alle übrigen Schattungen der bürgerlichen Parteien in sich, nur mit der Maßgabe, daß die Kirche allem Uebrigen vorgeht. Dieses kirchliche Parteiprogramm mußte ausschlaggebend sein, so lange der Staat versuchte, gegenüber den Bischöfen des vatikanischen Konzils sein Hoheitsrecht im Verhältnis zur katholischen Kirche mit Entschiedenheit zur Geltung zu bringen. Der Gegensatz zwischen Staat und der Kirche, der nach der Natur beiden niemals beseitigt werden kann, hat jedoch während des letzten Jahrzehnts in einem wechselseitigen Modus vivendi seine Schärfe verloren und wird angesichts der beiden drohenden sozialen Gefahr noch mehr verschwinden. Naturgemäß nehmen damit die einzelnen Bestandtheile des Centrum's zu politischen und wirtschaftlichen Fragen eine verschiedene Stellung ein. Wenn auch die Hoffnungen oder Beschränkungen hinsichtlich eines Zerfalls der Partei als verfehlt erscheinen, so ist doch unverkennbar mit dem Zurücktreten des kirchlich-politischen Konfliktes das Centrum in ein neues Stadium seiner Entwicklung getreten.

Gewisse gemeinsame Grundzüge sind hiernach in den Programmen aller bürgerlichen Parteien unverkennbar. Zunächst sind die ursprünglichen Parteiprogramme nicht auf die Bedürfnisse der Gegenwart berechnet, sondern entstanden einer theils näher theils weiter zurückliegenden Zeit. Sie nehmen Stellung zu den Fragen, ob ständisch-absolute oder konstitutionelle Monarchie, ob unbedingte Verwirklichung des Parteiprogrammes oder nationale Einheit, ob politische und wirtschaftliche Bedürfnisse oder die Forderungen der katholischen Kirche an die Spitze zu stellen

sind. Alle diese Fragen gehören mehr oder weniger der Vergangenheit an. Alle bürgerlichen Parteien stehen gegenwärtig auf dem Boden der konstitutionellen Monarchie, den reinen Parlamentarismus haben sie entweder entschieden zurückgewiesen oder ausdrücklich darauf verzichtet oder schließlich davon Abstand genommen. Alle bürgerlichen Parteien haben es ferner gegenüber den sozialen Gefahren der Gegenwart als Recht und Pflicht des Staates anerkannt, das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte durch sein Eingreifen zu hindern und in gesunde Bahnen zu lenken. Die kirchlich-politischen Forderungen, welche das Centrum von den übrigen bürgerlichen Parteien unterschied, sind, wenn auch keineswegs verschwunden, so doch in den Hintergrund getreten. Die früheren scharfen Gegensätze der Parteien haben sich also mehr und mehr vermischt und sind zum Theil ganz verschwunden. An die Stelle der früheren Gegensätze sind mehr oder minder bedeutende Schattungen derjenigen politischen und wirtschaftlichen Anschauungen getreten, über welche im Wesentlichen alle bürgerlichen Parteien einig sind. Dies geht so weit, daß nicht nur die große Masse, sondern auch die gebildeten Klassen sich über die Parteiuerschiede vielfach nicht mehr klar sind.

In einem befreundenden Gegenlage zu dieser Vermischung der Parteiuerschiede steht die zunehmende Verbitterung des Parteikampfes unter einzelnen bürgerlichen Parteien. Man vergleiche die Klage der freisinnigen Agitatoren über die Lebensmittelpreise mit dem ebenfalls von freisinniger Seite abgegebenen Auerkennnisse, daß die Getreidepreise zur Zeit nicht abgekauft werden können, die Klagen über den Staatssozialismus mit der freudigen Begrüßung der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar d. J., die Klagen über die Militäraufgaben mit der Aushandlung, daß die freisinnige Partei sie selbst zum größten Theile als notwendig anerkannt hat, vergeblich wird man überall nach festen Parteigrundzügen suchen. Es ist nur die aus den früheren Gegensätzen überkommene Verbitterung des Parteikampfes, welche auch nach Schwinden des Gegenstandes fortbauert und damit naturgemäß zur rein persönlichen Verbeugung wird.

Es liegt in der Natur parlamentarischer Parteien, die parlamentarische Geschichte Englands und Nordamerikas bietet dafür Belege in Menge, daß eine Partei sich als rein persönliche Verbindung noch geraume Zeit fortzählt, nachdem ihr ursprüngliches Programm verwirklicht oder sonst gegenstandslos geworden ist. Derartige Parteibildungen tragen aber den Keim des Unterganges in sich. So sind auch unsere heutigen bürgerlichen Parteien mit ihren Programmen den Aufgaben der Gegenwart nicht mehr gewachsen. Sie müssen daher neuen Wählungen und Gruppierungen Platz machen, sobald sich die Notwendigkeit ergibt, zu einer alle Kreise des Volkslebens auf längere Zeit ergreifenden Frage Stellung zu nehmen. Eine solche Frage ist die der Sozialreform. Ihr gegenüber sind neue Parteibildungen eine Forderung der Zukunft und, hoffen wir, der nächsten Zukunft. Gegenüber den sozialrevolutionären Bestrebungen sind alle bürgerlichen Parteien im wesentlichen darüber einig, daß an der monarchisch-konstitutionellen Staatsform und an der bestehenden Gesellschaftsordnung festzuhalten, es aber Recht und Pflicht des Staates ist, die Schäden der letzteren durch sein Eingreifen nach Möglichkeit zu heilen. Nur über das Maß des staatlichen Einschreitens können und müssen die Ansichten der verschiedenen Gesellschaftsklassen und ihrer politischen Vertretungen auseinander gehen, und nach diesem Gesichtspunkte wird sich voraussichtlich die Schiedung der neuen bürgerlichen Parteien vollziehen. Je bedrohlicher die Sozialdemokratie anwächst, um so mehr werden sich hoffentlich die bürgerlichen Parteien unter Beseitigung niedriger Parteisitten auf dem Boden vereinigen, auf dem sie sämtlich einig sind und unter Vergrößerung ihrer veralteten Parteiprogramme zu den Fragen der Gegenwart Stellung nehmen. Sollten die Wahlerfolge der Sozialdemokratie dieses Ergebnis herbeiführen oder wenigstens beschleunigen helfen, so wären sie mit Freuden zu begrüssen. (Deutsches Wochenblatt.)

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

43. Sitzung vom 18. April, 11 Uhr.

Am Ministertische: von Goshler und zahlreiche Kommissaren.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der dritten Beratung des Staatshaushalts Etats für 1890/91, von welchem noch der Etat des Kultusministeriums zu erledigen ist.

Hr. Seyffardt (Magdeburg) nimmt die von ihm in zweiter Lesung angebrachten Bemerkungen, daß die Einrichtung des Kabinetts des Reichs veraltet sei, zurück

Die Einrichtungen seien gegen früher bedeutend verbessert worden.

Herr Windthorst (C.): In jedem Jahre haben wir bei diesem Etat unsere Klagen vorzubringen gehabt; es ist mir nicht angenehm, daß bei den jetzigen öffentlichen Verhältnissen diese Klagen wieder vorgebracht werden müssen.

Die Klagen auf die Verfassungsbestimmungen, welche man lechzigerge Weise aus der Verfassung entzerrt hat, wie werden nicht eher ruhen, als bis die Verfassungen wieder in die frühere Ordnung sind.

Was würden die Protestanten sagen, wenn die Mehrheit der Räte katholisch wäre, in welcher die Männer, welche uns vertreten, vor der Mehrheit verwinden.

Minister v. Grollier: Die Wünsche des Vordemmer haben sich mit denen, die im Jahre 1888 bereits vorgebracht sind, keine Veränderung eintreten wird, in dem Punkte, auf den die Verfassung sich bezieht, werden sie in keinem Punkte ausgenommen.

Die Einrichtungen seien gegen früher bedeutend verbessert worden. Herr Windthorst (C.): In jedem Jahre haben wir bei diesem Etat unsere Klagen vorzubringen gehabt; es ist mir nicht angenehm, daß bei den jetzigen öffentlichen Verhältnissen diese Klagen wieder vorgebracht werden müssen.

Das Rollenstöß. Original-Roman von Blanche Coron (Nachdruck verboten.)

Was mochte sie erblickt haben? — Was hatte ihr wohl den Glauben an Reichthum und Wahrheit geraubt und sie bewegen sich in diese körperliche Einsamkeit zurückzuziehen?

II.

Am nächsten Tage stand eine ärmlich gekleidete Frau mit einem bleichen, kränkelnd aussehenden Knaben vor dem Eingang des Rollenstößes.

haten, hatten Emma, doch hüten Sie sich, das Vertrauen, welches ich Ihnen jetzt beweis, niemals zu mißbrauchen. Lassen Sie sich nie und durch nichts verleiden, etwas zu thun, was Sie nicht vertreten könnten.

Wie mochte sie erblickt haben? — Was hatte ihr wohl den Glauben an Reichthum und Wahrheit geraubt und sie bewegen sich in diese körperliche Einsamkeit zurückzuziehen?

